



REPUBLIK ÖSTERREICH  
DER BUNDESMINISTER FÜR  
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR  
DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

II-4538 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2  
Tel. (0222) 73 75 07  
Fernschreib-Nr. 111800  
DVR: 0090204

Zl. 5901/30-Info-88

2005/AB  
1988 -06- 20  
zu 2076/J

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg.  
Mag. Geyer und Genossen vom 29. April 1988,  
Nr. 2076/J-NR/88, "B 208"

Ihre Fragen darf ich wie folgt beantworten:

Zu den Frage 1 bis 9:

Durch die Novelle 1987 zum Bundesministeriengesetz kommt mir in Angelegenheiten des Straßenbaus insofern eine Mitkompetenz zu, als es sich um die verkehrspolitische Beurteilung der einzelnen Vorhaben handelt. Daher werden meinem Ressort nach Abschluß der grundsätzlichen Planungsarbeiten durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten jeweils die entsprechenden Daten übermittelt, die mit den in den einzelnen Fachabteilungen vorhandenen Informationen als Basis für eine umfassende verkehrspolitische Evaluierung dienen.

Zum konkreten Planungsstand der Bundesstraße B 208 wurden mir bis jetzt durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten keine entsprechenden Unterlagen übermittelt, ich darf Sie daher einladen, Ihre Fragen zwecks einer konkreten Beantwortung an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten zu richten.

Was die Frage der Bürgerbeteiligung im Planungsprozeß anlangt, darf ich jedoch auf das österreichische Gesamtverkehrskonzept verweisen, das als Ziel bzw. Maßnahme vorgibt, die von Infrastrukturprojekten unmittelbar Betroffenen von den vorgesehenen Baumaßnahmen nicht erst nach Abschluß der Planungsarbeiten zu informieren, sondern rechtzeitig in den Planungsprozeß einzubinden. Als erster Schritt in diese

- 2 -

Richtung wurde vor kurzem ein Auskunftspflichtgesetz geschaffen, das die Behörden zur umfassenden Information der Bürger verpflichtet.

Sollten meinem Ressort die entsprechenden Daten über die Bundesstraße B 208 übermittelt werden, so bin ich bereit diese auch den Vertretern der "Bürgerinitiative B 208" zugänglich zu machen.

Wien, am 17. Juni 1988

Der Bundesminister

